

Stand: 24.06.2026 02:52:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1079

"Chemisch verseuchte Fische im Landkreis Freising: Versagen im Verbraucherschutz und bei der Information der Öffentlichkeit?"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1079 vom 21.03.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1994 des UV vom 04.04.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2258 vom 23.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 23.05.2019



## Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

### **Chemisch verseuchte Fische im Landkreis Freising: Versagen im Verbraucherschutz und bei der Information der Öffentlichkeit?**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich zu berichten,

- wie es dazu kommen konnte, dass mit Malachitgrün bzw. Leukomalachitgrün belastete Fische in den Verkehr gelangen konnten, obwohl die Behörden von dem Einsatz dieser verbotenen Substanz in Fischzuchtbetrieben im Landkreis Freising seit Herbst 2018 wussten,
- welche Flussabschnitte, Fischzuchtbetriebe, Kommunen und Landkreise nach Kenntnis der Behörden und der Staatsregierung von diesen belasteten Fischen betroffen sind,
- was unter einer „freiwilligen“ Information der Abnehmer durch einen der Fischzuchtbetriebe zu verstehen ist und
- ob dies bedeutet, dass eine tatsächliche Rücknahme bzw. ein stiller Rückruf durch die Behörden nicht angeordnet wurde,
- ob die zuständigen Behörden die Information der Abnehmer kontrolliert haben und, wenn ja, wie,
- welche einzelnen Maßnahmen von den zuständigen Behörden in diesem Fall durchgeführt worden,
- wie die zuständigen Behörden, insbesondere die Landratsämter Freising und Dachau sowie das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), die Regierung von Oberbayern und das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, in diesem Fall zusammengearbeitet haben,
- welche Ergebnisse von Probenahmen den Behörden in diesem Fall im Einzelnen vorliegen,
- warum keine Information der Öffentlichkeit nach § 40 Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) erfolgt ist, obwohl durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.03.2018 dafür eine eindeutige rechtliche Basis gegeben war,
- warum die Fischereirechte-Inhaber nur zum Teil und wenn, dann erst Ende Januar 2019, informiert wurden,
- wie das LGL bei einer Belastung mit einem Stoff, für den eine Nulltoleranz gilt, zu der Auffassung gelangt ist, dass trotzdem keine Gefährdung für Verbraucherinnen und Verbraucher vorlag,
- wie oft die Fischzuchtbetriebe im Landkreis Freising in den letzten zehn Jahren auf den Einsatz von Malachitgrün untersucht wurden und zu welchen Ergebnissen und Maßnahme dies führte,

- welche Umweltbehörden in diesen Fällen informiert wurden und
- welche Auswirkungen auf die betroffenen Gewässer bzw. die Gewässerökologie vorhanden bzw. zu erwarten sind.

**Begründung:**

Malachitgrün ist eine Chemikalie, die bei Fischen zur Bekämpfung von Parasiten und Pilzen eingesetzt werden kann. Bei Fischen, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind, darf es aber nicht mehr angewendet werden. Der Einsatz ist seit mehreren Jahren EU-weit verboten. Hier gilt laut Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) das Prinzip der Nulltoleranz. Ein Nachweis von Malachitgrün bzw. Leukomalachit wird als Hinweis auf einen illegalen Einsatz gewertet. Fische, die damit belastet sind, dürfen nicht in den Verkehr gebracht werden.

Im Herbst 2018 wurde bei Kontrollen von Speisefischen aus einem Fischzuchtbetrieb im Landkreis Traunstein Leukomalachit festgestellt. Diese Fische kamen ursprünglich aus dem Landkreis Freising. Bei Beprobungen konnte dort Malachit nachgewiesen werden. Bei weiteren Untersuchungen wurden bei mindestens zwei weiteren Betrieben Malachitgrün bzw. Leukomalachit entdeckt. Außerdem wurden der Stoff auch im Sediment der Moosach nachgewiesen.

Obwohl die Behörden selbst den Einsatz des verbotenen Stoffes aufgedeckt haben, wurden daraus möglicherweise fehlerhafte, unverständliche Konsequenzen gezogen. Nach bisher vorliegenden Informationen wurden nur die Inhaber von Fischereirechten an der Moosach, aber nur teilweise, zu spät und unzureichend informiert. Die Inhaber der Fischereirechte an der Isar wurden offenbar nicht informiert, genauso wenig wie eine Forschungsgruppe der Technischen Universität München, die an der Moosach arbeitet und dort auch Fischerei-Rechte hält. Es ist davon auszugehen, dass belastete Fische möglicherweise verzehrt wurden. Auch eine Information der Öffentlichkeit nach §40 LFGB erfolgte nicht, obwohl das Bundesverfassungsgericht diese Regelung mit seinem Urteil vom 28.03.2018 bestätigt hat (AZ 1 BvF 1/13).

Sowohl die unterlassene Information der Öffentlichkeit wie auch die fehlende Kontrolle von Rücknahmen des Verursachers durch die zuständigen Behörden ist ein gravierendes Problem im bayerischen Verbraucherschutz, das auch aus den Lebensmittelskandalen Müller-Brot und Bayern-Ei bekannt ist. Fraglich ist auch, wie das LGL bei einem Stoff, für den Nulltoleranz gilt, zu der Einschätzung gelangen konnte, es gäbe bei dem Verzehr von mit Malachitgrün belasteter Fische keine Gesundheitsgefahr.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)**  
Drs. 18/1079

**Chemisch verseuchte Fische im Landkreis Freising: Versagen im Verbraucherschutz und bei der Information der Öffentlichkeit?**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**  
Mitberichterstatter: **Eric Beißwenger**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 4. April 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Rosi Steinberger**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild und Fraktion (SPD)**

Drs. 18/1079, 18/1994

**Chemisch verseuchte Fische im Landkreis Freising: Versagen im Verbraucherschutz und bei der Information der Öffentlichkeit?**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich zu berichten,

- wie es dazu kommen konnte, dass mit Malachitgrün bzw. Leukomalachitgrün belastete Fische in den Verkehr gelangen konnten, obwohl die Behörden von dem Einsatz dieser verbotenen Substanz in Fischzuchtbetrieben im Landkreis Freising seit Herbst 2018 wussten,
- welche Flussabschnitte, Fischzuchtbetriebe, Kommunen und Landkreise nach Kenntnis der Behörden und der Staatsregierung von diesen belasteten Fischen betroffen sind,
- was unter einer „freiwilligen“ Information der Abnehmer durch einen der Fischzuchtbetriebe zu verstehen ist und
- ob dies bedeutet, dass eine tatsächliche Rücknahme bzw. ein stiller Rückruf durch die Behörden nicht angeordnet wurde,
- ob die zuständigen Behörden die Information der Abnehmer kontrolliert haben und, wenn ja, wie,
- welche einzelnen Maßnahmen von den zuständigen Behörden in diesem Fall durchgeführt worden,
- wie die zuständigen Behörden, insbesondere die Landratsämter Freising und Dachau sowie das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), die Regierung von Oberbayern und das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, in diesem Fall zusammengearbeitet haben,
- welche Ergebnisse von Probenahmen den Behörden in diesem Fall im Einzelnen vorliegen,
- warum keine Information der Öffentlichkeit nach § 40 Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) erfolgt ist, obwohl durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.03.2018 dafür eine eindeutige rechtliche Basis gegeben war,
- warum die Fischereirechte-Inhaber nur zum Teil und wenn, dann erst Ende Januar 2019, informiert wurden,

- wie das LGL bei einer Belastung mit einem Stoff, für den eine Nulltoleranz gilt, zu der Auffassung gelangt ist, dass trotzdem keine Gefährdung für Verbraucherinnen und Verbraucher vorlag,
- wie oft die Fischzuchtbetriebe im Landkreis Freising in den letzten zehn Jahren auf den Einsatz von Malachitgrün untersucht wurden und zu welchen Ergebnissen und Maßnahme dies führte,
- welche Umweltbehörden in diesen Fällen informiert wurden und
- welche Auswirkungen auf die betroffenen Gewässer bzw. die Gewässerökologie vorhanden bzw. zu erwarten sind.

Die Präsidentin

I.V.

**Thomas Gehring**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 15 und 16 der Liste. Es sind dies die Anträge der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Klaus Adelt betreffend "Lebensmittelverschwendung eindämmen", die Teile I und II, auf den Drucksachen 18/492 und 18/493. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt auf Wunsch der SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dann übernimmt der Landtag die Voten.





6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts  
Drs. 18/348, 18/1750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)  
Forderung nach sinnvoller Alternative – Nutzen und Finanzierung des Projekts „Eichenzentrum im Spessart“ überprüfen  
Drs. 18/390, 18/1969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Förderung der Aufstiegsfortbildung für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege auch in Zukunft sicherstellen  
Drs. 18/394, 18/1703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Klimaschutz in der Marktwirtschaft  
Drs. 18/463, 18/1786 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. § BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und  
Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)  
An Wissenschaft und Forschung denken – Vorbereitungen für einen „harten Brexit“ treffen  
Drs. 18/491, 18/1708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD  
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I – Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln  
Drs. 18/492, 18/1971 (A)

**Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.**

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)  
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil II – Gemeinnützige Initiativen besser unterstützen  
Drs. 18/493, 18/1972 (A)

**Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.**



20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Ruth Waldmann u. a. SPD  
10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Weiterentwicklung des Berufsbilds Schulbegleiter  
Drs. 18/554, 18/2024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD  
Mikroplastik in der Umwelt  
Drs. 18/557, 18/1991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen  
Drs. 18/559, 18/1981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. SPD  
Für eine glückliche Kindheit – Ausbau der Förderung von Mütterzentren  
Drs. 18/560, 18/1975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe  
Drs. 18/565, 18/2026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Malachitgrün in Speisefischen, oberbayerischer Moosach und Isar –  
Warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert?  
Drs. 18/566, 18/1992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD  
Für ein inklusives Bayern jetzt III – Expertenanhörung zur Umsetzung  
der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern  
Drs. 18/735, 18/1976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“  
zugrunde zu legen.



